Der Wahlkampf beginnt

In einem Jahr ist es wieder soweit. Unser Parlament wird neu gewählt – wenige Wochen später auch der Bundesrat. In den Kantonen bereiten die Wahlkampfstrategen bereits Erfolg versprechende Kandidatenlisten vor und sinnieren über taugliche Listenverbindungen.

Dr. Sven Bradke
Wirtschafts- und Kommunikationsberater
Geschäftsführer Mediapolis AG, St.Gallen

Politischer Aktivismus
In den nächsten Monaten werden wir immer aktiver werdende Parteien und Politiker erleben. Mehr als sonst werden diese auf sich aufmerksam machen. Sei dies durch die Lancierung von speziellen Vorstössen, durch die Ankündigung neuer Volksinitiativen und Referenden, durch besondere Veranstaltungen oder einfach durch mediale Präsenz.

Wahltag = Zahltag
Gut so! Ist dies doch Teil des politischen Wettbewerbs, der darüber entscheidet, welche Personen in den nächsten Jahren nach Bern fahren, welche politische Ausrichtung zukünftig vorherrscht, wie der Bundesrat zusammengesetzt sein wird und wie stark das Volk Opposition betreiben muss.

Wahlen sind wichtiger als Abstimmungen
Die National- und Ständeratswahlen sind wichtiger als Volksabstimmungen, beraten und verabschieden die Parlamentarierinnen und Parlamentarier doch eine Vielzahl von politischen Geschäften wie Gesetze, Staatsverträge, Rechnungen, Budgets, Programme, Beschaffungen etc. Das Volk «erledigt» an der Urne nur einen Bruchteil davon. Dennoch verzeichnen eidgenössische Wahlen, insbesondere im Vergleich zum Ausland, eine erstaunlich tiefe Beteiligung. Warum wohl?

Misstrauen gegenüber den Eliten
Gerade in Zeiten, in denen das Volk der Regierung, dem Parlament und den «Eliten» in Wirtschaft und Gesellschaft mehr denn je misstraut, sollte den eidgenössischen Wahlen eine besondere Aufmerksamkeit zukommen. Erhalten die 246 National- und Ständeräte sowie die durch sie gewählten sieben Bundesräte doch einen sehr gewichtigen Auftrag. Sie sollen unseren Staat während vier Jahren lenken, leiten, schützen und vorwärts bringen. Eine schwierige und herausfordernde Aufgabe. Hierfür wäre eine grössere Aufmerksamkeit durchaus wünschenswert. Für unser Land, die Parteien und die politischen Akteure.